

kommunistischen, und der allmählichen Zerreißung der Linksbündnisse, der Parteien der bürgerlichen Demokratie. Diese Wahlresultate haben denn auch die größte Verwirrung in die Radikalsocialistische und in die Sozialdemokratische Partei hineingetragen. Wollen diese beiden Parteien ihre jetzigen parlamentarischen Positionen retten, so müssen sie wieder einen Linksbund für die allgemeinen Parlamentswahlen, die im Frühjahr 1928 stattfinden, bilden. Dies wird aber nur möglich sein, wenn die französische Sozialdemokratie noch mehr nach rechts schwenkt. Denn schon stellt das offizielle Organ der Radikalen Partei, der Quotidien, der Sozialdemokratischen Partei seine Bedingung:

„Wenn das Bündnis mit den Kommunisten automatisch vorgeschrieben ist (bei Stichwahlen, wo der kommunistische Kandidat an der Spitze der Linksparteien steht, M. S.), so ist jede Gruppierung der demokratischen Kräfte unmöglich.“

Möglich ist ebenfalls, was von der Stellungnahme der Radikalen abhängt, daß diese kritische Lage der Linksbündnisse das Poincaré-Ministerium gefährden kann. Schon machen sich verschiedene Krisenanzeichen bemerkbar. Von diesen ist das wichtigste, daß das Parlament den von Poincaré mit aller Energie verteidigten Plan der Auslieferung des Staatsmonopols auf Streichhölzer an den schwedischen Jüchholztrust abgelehnt hat.

Unterdessen geht der reaktionäre Kurs der Poincaré-Regierung weiter. Nachdem am 1. Mai der Generalsekretär der unitarischen Gewerkschaften, Monmousseau, festgenommen worden war, wurde dieser Tage auch der Genosse Pierre Semard, der Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs, als er von der letzten Exekution der KZ in Paris ankam, durchaus geführichtig verhaftet und ins Gefängnis abgeführt, obgleich er noch nicht rechtskräftig verhaftet ist. Im krassen Gegensatz zu diesen heftigen politischen Verfolgungen gegen die revolutionäre Arbeiterklasse steht die Komödie, die die französische Justiz sich vom Führer der Royalisten, Daudet, gefallen ließ. Dieser zu 6 Monaten Gefängnis wegen Verleumdung verurteilte royalistische Führer forderte die Polizei heraus, indem er sich im Hause der „Action Française“ hinter Stacheldrahtverbauungen verbarricadierte und sich von einigen hundert Royalisten beschützen ließ. Daß der Polizeipräsident in eigener Person ihn schließlich abholte kam, ihn überredete und in einem Luxusauto ins Gefängnis führte, daß diesem nicht-politischen Häftlinge alle Vorteile und baldige Haftentlassung versprochen wurden, während andere Genossen so brutal behandelt werden, während drei Anarchisten seit über zwanzig Tagen im Hungerstreik stehen, um ihre Haftentlassung zu erzwingen, diese Tatsachen reden eine deutliche Sprache über den immer reaktionäreren Kurs der Poincaré-Regierung.

Preßelagung in Dresden

Kapitulation vor der Unterdrückung.

In Dresden findet gegenwärtig die Tagung des Vereins deutscher Zeitungsverleger statt. Die Herausgeber der Zeitungen, eine großkapitalistische Macht, haben zu dieser Tagung alle Behörden geladen und alle sind erschienen und brühen ihre Glückwünsche aus. Hindenburg, Keudell, der Reichspräsident der Reichsregierung schickten Telegramme, die jährlichen Minister hielten Begrüßungsansprachen, an einem Tage Dr. Apelt, am anderen Tage Dr. Wilhelm. Selbstverständlich schickte auch ein Telegramm des Reichsbannerführers Marx nicht. Die Aufmachung der Tagung zeigt klar, was gefordert und was gewünscht ist, die Presse soll in allen Fragen ein getreues Organ der Regierungen zur Beeinflussung der Massen sein.

Die Verleger sind einverstanden, es geht darum, Geschäfte zu machen. Die Regierung und der Staatsapparat müssen die Geschäfte schließen, dann ist eitel Harmonie.

Nun die Herren Redakteure, sie haben ein besonderes Ständebewußtsein, sie sind die „öffentliche Meinung“. Durch Vertrag haben sie bis zu einem Jahr Kündigungsfrist, sonst aber, schreiben sie wie die Kapitalisten es brauchen. Sie leben vom Sold, fühlen sich als „Mitarbeiter“, und dienen treu dem Kapital.

Es ist da weiter verwunderlich, wenn auf der Preßelagung, der Tagung der Zeitungsverleger, Herr Professor Wolff über die Pressefreiheit sprach und anstatt konkreter, positiver Fragen des praktischen Lebens eine ethisch-philosophische Kränze servierte, deren Referat darauf hinausläuft, eigentlich sollte es nur solche Redakteure geben, die so „moralisch“ und „ethisch“, sprich loyaler, regierungstreu und kapitalstreu, sind, daß es eines Preßgesetzes nicht bedürfte.

Da es aber nicht alles solche Redakteure gibt, sind sie eben selbst schuld, wenn sie mit dem Preßgesetz kollidieren. Der Schrei nach der „Pressefreiheit“ wird von dem Redner begleitet von dem Schrei nach dem „Eittengerecht“, das die Redakteure in sich tragen müssen, nach der moralischen Verantwortung und der ethischen Voraussetzung.

Das Referat des Professors, der philosophierenden Kränze entkleidet, bedeutet nichts anderes als die vollständige Kapitulation vor dem Anebelgeist des Kapitals.

Redakteure und Verleger der kapitalistischen Zeitungen sind sich einig in der Beeinflussung des Proletariats zur Wahrung der Interessen des Imperialismus. Das ist schon jetzt das positive Ergebnis des Dresdner Zeitungsverlegertages.

Schwarze Reichswehr vor dem Femeauschuh

In der Sonnabendtagung vom 18. Juni des Femeauschusses des Reichstages werden zum Fragenkomplex „Schwarze Reichswehr“ mehrere Offiziere aus dem Reichswehrministerium vernommen über die Frage, ob im Reichswehrministerium Akten über die „Schwarze Reichswehr“ vorhanden seien.

Oberst von Schleicher, Stabschef beim Wehrministerium, erklärt, es seien keine Akten vorhanden. Im allgemeinen sei nichts Schriftliches gegeben, oder aber gleich vernichtet (!) worden. Nach dem Auhreintritt hätte Sepering erklärt, er müsse schriftlich darauf halten, daß nichts Schriftliches hinausginge.

Wenn man schreibt, sei man schon verraten.

Die Denkschrift des Ministeriums beruhe auf später eingehenden Berichten, die noch vorhanden seien. Die Gelb-anweisungen an die Schwarze Reichswehr hätten nicht zu seinem (Schleichers) Reisetage gehört.

Der zweite Zeuge, Hauptmann Keiner, sagt aus, er habe die „Arbeitskommandos“ bearbeitet. Die darüber geführten Akten wären in seinem Zimmer verschlossen gewesen; das meiste sei 1924 auf höhere Anweisung vernichtet (!) worden. Die Vernichtung wäre auf allgemeine Anweisung im Interesse der Landesverteidigung erfolgt. Die Denkschrift des Reichswehrministeriums sei auf Grund von Notizen aus dem Gedächtnis (!) verfaßt worden.

Oberst von Bod, der als letzter vernommen wird, bemerkt, daß beim Wehrfreikommando III nur über die wesentlichen Dinge der „Schwarzen Reichswehr“ Akten geführt worden seien. Diese Akten, oft geheimer Natur, wären durch die einzelnen Offiziere bearbeitet worden.

Der Ausschuh beschließt dann die Vernehmung Seperings, Abeggis und Dr. Weik.

Die republikanische Justiz und die ahnungslose Liga

Berlin, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Liga für Menschenrechte hatte 1926 wegen der „moralischen Teilnahme des Kronprinzen Wilhelm bei einem Reichswehrmord, welche Affäre Herr Seck die Stellung gelöst hatte,

Wucherangriff auf die Proleten

Einheitsfront des ADGB mit den Zollräubern — Kartoffel-, Fleisch- und Zuckerrölle

Wie wir bereits berichtet haben, ist auf Anregung des Reichsanwalters Marx eine Vereinbarung der Bürgerblockparteien über die neuen Zollerhöhungen zustande gekommen. Es zeigt sich klar, daß das Zentrum bei diesem Raubzug nicht nur „mitmacht“, sondern führend vorangeht.

Für das Zentrum, für die Junker und für die Volksparteier — kurz, für die Parteien des Bürgerblocks, geht die Rechnung auf. Die Herren vom Industriekapital bekommen ihre Kohlen- und Eisenpreiserhöhungen — ohne Zölle. Die Junker bekommen ihren Kartoffel-, Fleisch- und Getreidewucher — mit Zöllen. Und das Zentrum bekommt sein Reichs-

Wie antwortet, außer in ein paar Zeitungsartikeln, die Sozialdemokratie, die Gewerkschaftsbureaufraße auf die soziale Reaktion des Unternehmertums, auf die Wucheroffensive des Bürgerblocks?

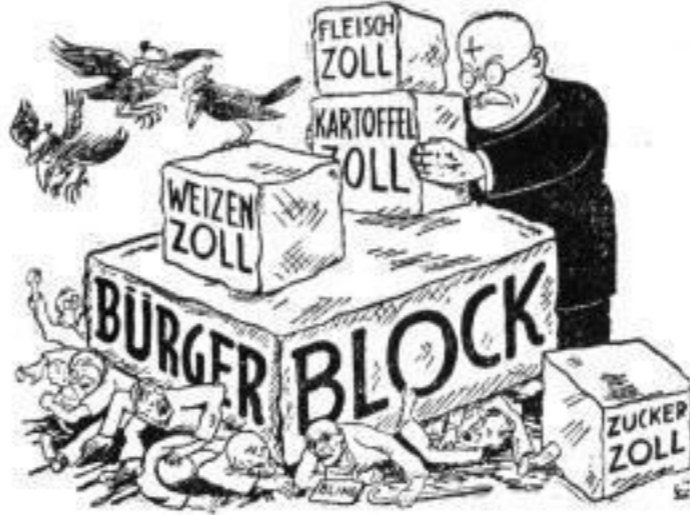
Der Reichstag beschließt nach wochenlangem Drängen der Kommunisten endlich, daß die Portonerhöhung abgelehnt werden soll. Dieselbe Sozialdemokratie, die unter dem Druck der Kommunisten sich gegen die Portonerhöhung erklären muß, lehnt das Mißtrauensvotum gegen den Minister des Portowuchers ab. Führt man so auch nur parlamentarisch eine Opposition gegen Zölle und Auswucherung? Jeder Arbeiter muß darauf mit einem „Nein“ antworten.

Wo bleibt auf den großen Verbandstagen der Gewerkschaften, die jetzt stattfinden, der Aufruf an die Massen, daß sie sich mit allen Mitteln gegen die Zollerhöhungen zur Wehr setzen müssen? Wo spricht Tarnow auch nur mit einem Wort gegen den Zollwucher bei seinen Holzarbeitern? Und was wird in der nächsten Woche der Textilarbeiter-Verbandstag gegen den Zollangriff beschließen? Rädel wird hier genau so schmeigen, wie es Tarnow tut.

Wo bleibt auch nur ein erster Anlauf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Obstruktion gegen die Zollwucherpläne der Regierung? Seitenfalls läßt Hilferding ein paar nichtsagende Reden vorbereiten. Von einer Verbindung der parlamentarischen Abwehr mit außerparlamentarischen Massenaktionen gegen den Zollwucher ist erst recht bei den Sozialdemokraten keine Rede. Sie hat 1902 längst vergessen.

Es ist klar, daß die Bürgerblockregierung, die durch ihre Kriegspolitik und Hungerblöde jeden Boden bei den Arbeitern verloren hat, nur deshalb ihre Pläne der sozialen Reaktion, der Kriegsabenteurer, der Wucherzölle durchziehen kann, weil die Sozialdemokratie die Massenbewegung gegen sie hemmt und die Gewerkschaften nicht im entferntesten daran denken, ihre Machtmittel wirklich gegen sie einzusetzen. Aber die Sozialdemokratie kommt über die Wortopposition nicht hinaus — und auch zu dieser schwingt sie sich nur unter der Peitsche der Kommunisten auf —, weil sie den Bruch mit der Koalitionspolitik nicht vollziehen will, weil sie die Hoffnung auf das Zentrum als bündnisfähige Regierungspartei trotz aller enttäuschten Hoffnungen nicht aufgeben will.

Dabei sieht jeder Arbeiter: der geeinten Macht des Bürgerblocks muß die geeinte Macht der proletarischen Einheitsfront entgegengesetzt werden. Nur die geschlossene Kraft der Arbeiterklasse kann über den Bürgerblock liegen. Und die Arbeiterklasse wird über ihn liegen, wenn sie einig ist. Darum dürfen die sozialdemokratischen Arbeiter sich von dem Oppositionsgewäsch des Vorwärts nicht täuschen lassen. Sie müssen an Stelle der Scheinopposition ihrer Führer die wirkliche Opposition der Massen sehen und zusammen mit den Kommunisten den Bürgerblock, die Kriegs- und Hungerregierung schlagen.



Marx baut auf!

schulgelehrt. Wenn nach der Verdoppelung des Kartoffelzoll auf eine Mark für den Doppelzentner die Arbeiterfrau Tag um Tag von nun an für je fünf Pfund Kartoffeln 2,5 Pfennig Zoll zahlen muß, wenn sie für jedes Pfund Zucker nach der Zollerhöhung auf 15 Mark einen Tribut von 7,5 Pfennig, auf jedes Pfund Fleisch nach der Zollerhöhung auf 32 Mark einen Tribut von 16 Pfennig an die Junker zahlen muß, so handelt mit diesem, aus den wertvollsten Massen, auch aus den Zentrumsarbeitern und Zentrumsbauern herausgesprengten Millionen das Zentrum das Schulgelei ein. Die Arbeiter in Stadt und Land, die Handwerker, die arbeitenden Bauern dürfen den Junkern über hundert Millionen Mark und mehr jährlich an neuen Zöllen dafür zahlen, daß sie ihre Kinder in die Pfaffen Schulen schicken dürfen. Ein glattes, christliches Geschäft zwischen wuchernden Junkern und frommen Zentrumspläffern.

Strafanzeige erstattet. Jetzt hat nach einer Meldung der Zeitungen der Generalstaatsanwalt des Kammergerichts der Liga folgenden Befehl zu kommen lassen: Die Beschwerde vom 28. Januar 1927 gegen den Befehl des Oberstaatsanwalts des Landgerichts Potsdam am 20. Januar gibt zu Maßnahmen im Wege der Dienstaufsicht keinen Anlaß. Die Zeitungsfragen dazu allzu naiv: Steht der Kronprinz immer noch außerhalb des Gesetzes?

15 Jahre Zuchthaus wegen „Landesverrat“

Nach dreitägiger Verhandlung endete am Sonnabend der Landesverratsprozeß vor dem Reichsgericht gegen den ehemaligen Führer der Marinewehr in Frankfurt, den Reichsanwalt Hermann Stidelmann, mit einem schweren Zuchthausurteil.

In den Tagen der Revolution war Stidelmann ein Werkzeug des mehrheitssozialistischen Polizeipräsidenten Professor Dr. Singheim, und führte mit einer Truppe, die dem Polizeipräsident unterstellt war, den Kampf gegen Spartakus.

Wie nun Stidelmann selbst vor dem Reichsgericht zugeht, hat er in französischem Auftrag drei deutsche Staatsangehörige den Belagungsstruppen ausgeliefert, die dem deutschen „Erfundungsdienst“ angehören. Stidelmann machte nur geltend, er habe geglaubt, daß es sich um drei französische Staatsangehörige gehandelt habe, die gegen Frankreich spioniert hätten.

Das Reichsgericht verurteilte Stidelmann zu der lebensverlängenden Strafe von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Dabei sollen noch angeblich mildernde Umstände zugebilligt worden sein in Rücksicht auf die „verworrenen Zustände“ 1919.

Das vorstehende Urteil ist typisch für die Seuche der Landesverratsprozesse, welche die deutsche Republik von der Monarchie geerbt hat, und für die Mentalität, mit der das oberste politische Gericht in Deutschland befaßt ist. Wir haben keinen Anlaß für den Verurteilten Stidelmann, der als Werkzeug der SPD-Führer gegen das revolutionäre Proletariat im Jahre 1919 gekämpft hat, irgendwie Partei zu ergreifen. Aber wir müssen aufzeigen, wie die Behörden der deutschen Republik Verbindung und Hilfeleistung mit demselben „Landesverrat“ messen. Als in der Angelegenheit, die zu dem bekannten Mainzer Kommunistenprozeß vor dem französischen Kriegsgericht geführt hat, deutsche Kommunisten wegen antimilitaristischer Propaganda in der französischen Armee von deutschen Polizeibeamten den Franzosen ausgeliefert wurden, wurde die Handlung als nicht strafbar angesehen und das Verfahren gegen die Schupobeamten eingestellt. Auch diejenigen, die den Jugendgenossen Scherer in die Hände der Franzosen gespielt haben, in deren Gefangenschaft Scherer starb, sind nicht bestraft worden. Aber hier, wo es sich augenscheinlich um einen Konfuzenklampf von Polizeibeamten untereinander handelt, glaubt das Reichsgericht mit der höchstzulässigen Zuchthausstrafe die Sicherheit ihrer Spitze schützen zu müssen. Die Reihe der merkwürdigen Landesverratsprozesse ist durch dieses Urteil um einen markanten Fall vermehrt. Solange die Richter des Reichsgerichts und der obersten Anklagebehörde ausschließlich aus Kreisen entnommen werden, die der militaristisch-nationalistischen Reaktion angehören, werden diese Prozesse bleiben. Demgegenüber müssen die Arbeiter fordern, daß durch grundlegende Abänderung der Bestimmungen über den Landesverrat und durch Übertragung dieser Prozesse an Gerichte unter Hinzunahme von Laienrichtern das Justizbefehlenn derartiger Urteile erschwert wird. Dagegen gibt auch dieser Prozeß allen Anlaß, den Kampf des Proletariats gegen die gefährlichen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs 1927 über den Landesverrat mit besonderer Energie zu führen.

Überfall auf Arbeiter

Nationalsozialistische Raubzüge, Schwere Mißhandlung eines Arbeiters

Berlin, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Trotz des Verbotes der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei veranstalteten verschiedene Gruppen derselben in der Nacht vom Sonntag eine Raubzug. Eine Horde von 12 Mann der Abteilung Fürttenwalde fiel gegen 20 Uhr im Walde zwischen Friedrichshagen und Rabensteinmühle über den 27

Jahre alten Arbeiter Gustav Koh aus Friedrichshagen her und mißhandelte ihn mit Gummiknüppeln und Lochschlägen in nichtiger Weise. Außerdem erhielt Koh durch einen Stein mit der Fahnenstange eine blutende Wunde am Kopf. Nach dieser Raubzug konnten durch die Hilfe von vorbeikommandierten Arbeitern festgenommen werden.

Anglo-Russische Gewerkschaftskonferenz

Moskau, 18. Juni.

Das Präsidium des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften veröffentlicht seine Korrespondenz mit dem Generalrat der englischen Gewerkschaften in der Frage einer Einberufung des Anglo-Russischen Komitees. Die dem Briefwechsel zufolge ist eine Zusammenkunft zwischen den Vorsitzenden und den Sekretären beider Delegationen zu einer Vorbereitungsbesprechung in Berlin anberaumt. Tomski und Meintshanski sind bereits nach Berlin abgereist.

Russische Naturforscher in Berlin

Berlin, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Weitern hat die russische Naturforscherversammlung mit einer Empfangsfeier in der Berliner Universität begonnen. Die Naturforscher der Sowjetunion unter Führung des Genossen Semaschko sind in Erwidierung eines Besuches deutscher Naturforscher in Rußland nach Berlin gekommen, wo sie eine Woche lang Vorträge halten wollen.

Der englisch-ägyptische Konflikt

London, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Mitarbeiter Chamberlains Walter Rampion erklärte im Unterhaus den englisch-ägyptischen Konflikt für „nabesu beendet“. Die ägyptische Regierung habe in ihrer zweiten Note die gewünschten Aufklärungen gegeben, die nach Ansicht des englischen Generalgouverneurs in Ägypten Lord Lloyd die englische Regierung befriedigen könnten. In Ägypten gab der Ministerpräsident Sarmar Pascha eine Erklärung ab, in der er den Konflikt mit England auf ein „Mißverständnis“ zurückführte und eine Beilegung der Krise ankündigte. Er lehnte weitere Mitteilungen ab. Ein Antrag der nationalrevolutionären Partei auf sofortige Debatte über die Erklärung wurde abgelehnt.

Der Prozeß gegen die Genoffin Borodin

Moskau, den 18. Juni 1927.

Am 17. Juni begann in Peking die Vorverhandlung gegen die Frau des Genossen Borodin und gegen drei diplomatische Kurier, die von den chinesischen Konterrevolutionären verhaftet worden sind. Beim Verhör gegen die Genoffin Borodin wurde eine Reihe von Dokumenten vorgelegt, die sie nicht als von ihr herrührend anerkannte und in denen sie erklärte, daß sie vollständig unbekannt sind. Dieselben Dokumente wurden auch den diplomatischen Kurieren vorgelegt, da sie angeblich in der diplomatischen Post gefunden worden seien. Unter diesen Dokumenten befanden sich 10 Exemplare von Flugblättern in russischer Sprache, sowie von Flugblättern in russischer und chinesischer Sprache, die angeblich in Wladivostok herausgegeben worden seien. Die Kurier betonten mit aller Entschiedenheit, daß bei der dreimaligen Durchsicherung der Post, deren Augenzeugen sie waren, nichts gefunden wurde. In der bei diesen Durchsicherungen beschlagnahmten diplomatischen Post befand sich kein einziges Dokument in chinesischer Sprache. Den Akten wird ein vom Schiffskapitän unterzeichnetes Protokoll beigelegt werden, in dem festgestellt wird, daß in der diplomatischen Post nichts Belastendes gefunden worden ist.

Anstatt des Rechtsanwaltes Fox werden der Sowjetanwalt Kantarowitsch und zwei chinesische Anwälte als Vertreter der Angeklagten fungieren.

60 Opfer eines Erdbebens in Kolumbien

Wie aus Bogota berichtet wird, ist durch einen Erdstöße eine Baumwollspinnerei in der Nähe von Medellin von 100 000 Kubikmeter Erde vollkommen verschüttet worden. Man glaubt, daß 60 Arbeiterinnen bei dem Unglück den Tod gefunden haben. Bisher wurden 10 Leichen geborgen.